

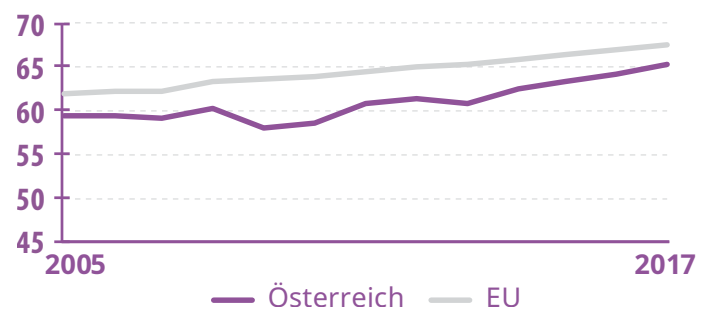
Im Gleichstellungsindex belegte Österreich mit **65,3 von 100 Punkten** Platz 13 in der EU. Sein Ergebniswert liegt um **2,1 Prozentpunkte** unter demjenigen der EU. Zwischen 2005 und 2017 hat sich das Ergebnis Österreichs um **5,8 Prozentpunkte** (+ 2 Prozentpunkte seit 2015) verbessert. Das Land hat seit 2005 seinen Platz im Index gehalten.

Die Ergebnisse Österreichs sind in allen Bereichen mit Ausnahme der Bereiche Macht und Zeit, wo Österreich im Vergleich zu anderen Bereichen die niedrigsten Werte verzeichnet (39,9 und 61,2 Prozentpunkte), höher als die EU-Ergebnisse. Die höchsten Ergebnisse erzielt Österreich in den Bereichen Gesundheit (91,7 Prozentpunkte) und Geld (86,4 Prozentpunkte).

Die größten Verbesserungen wurden in den Bereichen Macht (+ 10,4 Prozentpunkte) und Wissen (+ 5,2 Prozentpunkte) erzielt. Die Fortschritte im Bereich Gesundheit kamen praktisch zum Stillstand (+ 0,3 Prozentpunkte) und sind in den Bereichen Zeit und Arbeit mäßig (+ 1 und + 2,9 Prozentpunkte).

Zwischen 2005 und 2017 blieb der Indexwert Österreichs hinter dem EU-Ergebniswert zurück. Trotzdem ist Österreich auf dem Weg zur Geschlechtergleichstellung schneller vorangekommen, und die Kluft zwischen Österreich und der EU ist im Zeitverlauf kleiner geworden.

Österreich und der EU-Durchschnitt entwickeln sich in dieselbe Richtung

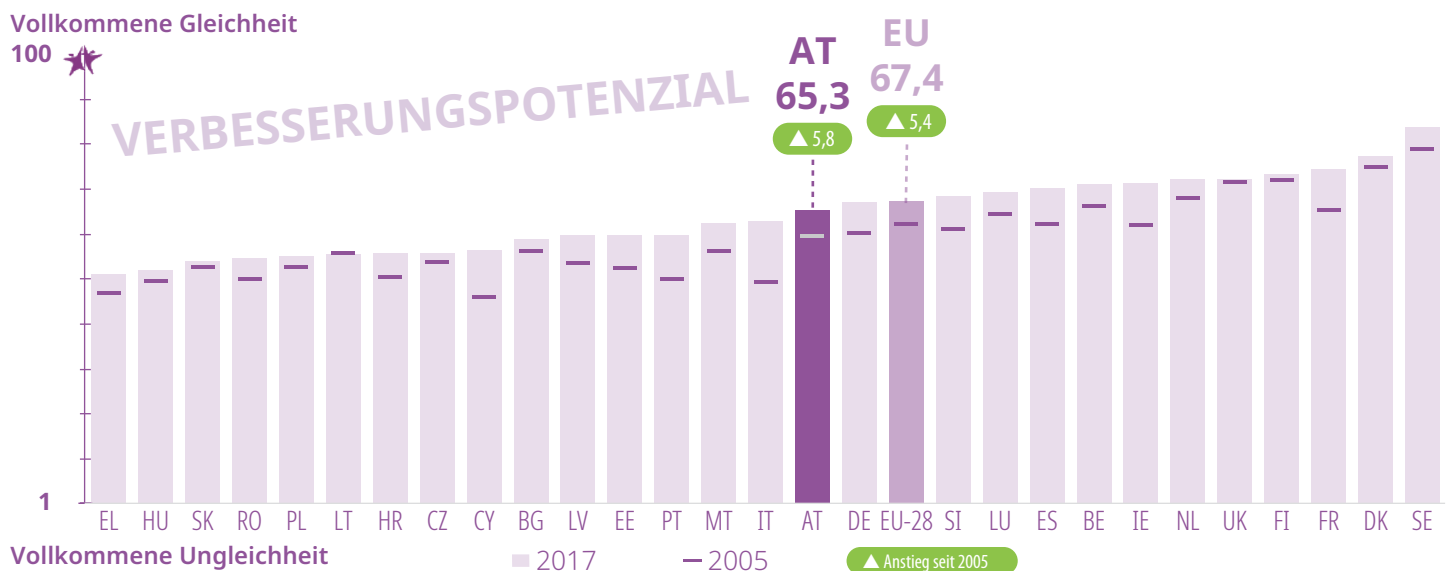


Wir unterziehen jedes Jahr die EU-Mitgliedstaaten und die EU insgesamt einer Bewertung, um herauszufinden, wie weit sie vom Ziel der Geschlechtergleichstellung entfernt sind. Der Index beruht auf einer Skala von 1 bis 100, wobei 1 für vollkommene Ungleichheit und 100 für vollkommene Gleichheit steht.

Die Punkte beruhen auf einem Gefälle zwischen Frauen und Männern und den Graden der Zielerreichung in sechs Kernbereichen: Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit. Es wurden noch zwei weitere Bereiche in den Index aufgenommen, die sich jedoch nicht auf das Endergebnis auswirken. Der Bereich der intersektionalen Ungleichheiten macht deutlich, wie sich geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Kombination mit anderen Aspekten wie Alter, Behinderung, Geburtsland, Bildung und Familienstruktur auswirken. Der Bereich Gewalt gegen Frauen misst und analysiert die Erfahrungen von Frauen mit Gewalt.

Der Gleichstellungsindex 2019 vermittelt nicht nur eine Momentaufnahme der Indexwerte, sondern umfasst auch den Themenschwerpunkt „Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben“.

Ergebniswerte des Gleichstellungsindex für die EU-Mitgliedstaaten. 2005 und 2017



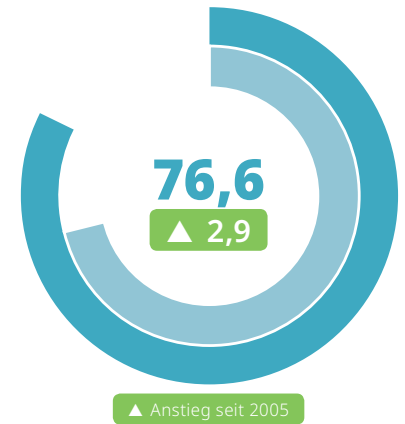
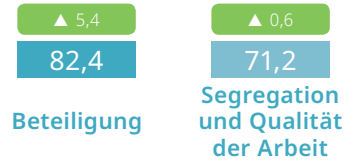


Arbeit

Der Ergebniswert Österreichs im Bereich Arbeit beträgt 76,6; dies entspricht einem Fortschritt von 2,9 Prozentpunkten seit 2005 (+ 0,5 Prozentpunkte seit 2015), und das Gefälle zwischen den Geschlechtern im Teilbereich Beteiligung hat sich verringert.

Die Beschäftigungsquote (Personen im Alter von 20-64 Jahren) beträgt bei Frauen 72 %, bei Männern 81 %. Außerdem ist Österreich bei einer Gesamtbeschäftigungsquote von 76 % nicht weit davon entfernt, sein nationales Ziel im Rahmen der Strategie Europa 2020 (EU 2020) von 77 % zu erreichen. Die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) ist zwischen 2005 und 2017 bei Frauen von 40 % auf 42 % gestiegen und bei Männern von 63 % auf 60 % gesunken, wodurch sich das geschlechtsspezifische Gefälle (von 23 auf 18 Prozentpunkte) verringert hat. Bei Paaren mit Kindern ist die Kluft zwischen Frauen und Männern erheblich größer als bei Paaren ohne Kinder (35 bzw. 6 Prozentpunkte).

Die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen in Teilzeit arbeiten, ist viermal größer (48 %) als bei Männern (12 %). Im Durchschnitt arbeiten Frauen 32 Stunden pro Woche, Männer hingegen 40 Stunden, und dies ist das drittgrößte Gefälle zwischen den Geschlechtern in der EU. Die ungleichmäßige Konzentration von Frauen und Männern in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen des Arbeitsmarktes ist nach wie vor ein Problem. 28 % der Frauen arbeiten in den Bereichen Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen gegenüber 8 % der Männer. Es sind weniger Frauen (5 %) als Männer (38 %) in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT) tätig.

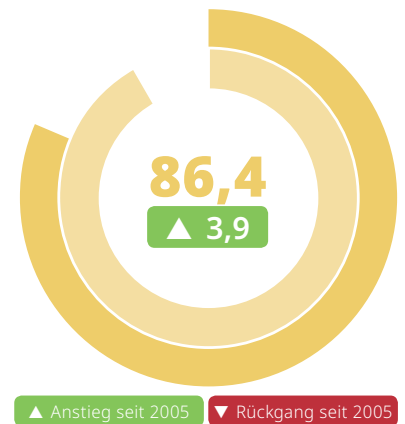


Geld

Das Ergebnis Österreichs im Bereich Geld beträgt 86,4; dies entspricht einem Fortschritt in Höhe von 3,9 Prozentpunkten seit 2005 (+ 0,5 Prozentpunkte seit 2015), wobei sich die finanzielle Situation von Frauen und Männern verbessert hat.

Trotz des Anstiegs des durchschnittlichen monatlichen Einkommens sowohl von Frauen (+ 19 %) als auch von Männern (+ 15 %) in der Zeit von 2006 bis 2014 besteht nach wie vor ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle: Frauen verdienen noch immer 24 % weniger als Männer. Bei Paaren mit Kindern verdienen Frauen 52 % weniger als Männer (36 % weniger bei Frauen in kinderlosen Partnerschaften). Das Gefälle zwischen den Geschlechtern nimmt im Verhältnis zum Alter zu: Frauen im Alter von 15/16 bis 24 Jahren verdienen 19 % weniger als Männer in dieser Altersgruppe. Dieses Gefälle wächst auf 42 % bei Frauen und Männern im Alter von 50 bis 64 Jahren an.

Das Armutsrisiko hat zwischen 2005 und 2017 zugenommen. 14 % der Frauen (+ 1 Prozentpunkt) und 12 % der Männer (+ 2 Prozentpunkte) sind von Armut bedroht. Am höchsten ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende (30 %), Menschen, die außerhalb von Österreich geboren sind (29 %), und Alleinstehende (26 % der Frauen und 21 % der Männer). Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung haben bei Frauen und Männern im Zeitraum 2005-2017 zugenommen. Frauen verdienen im Durchschnitt von jedem Euro, den ein Mann pro Stunde verdient, 80 Cent, was ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle von 20 % ergibt. Das geschlechtsspezifische Rentengefälle liegt bei 40 %. Dieses Gefälle ist eines der höchsten in der EU.

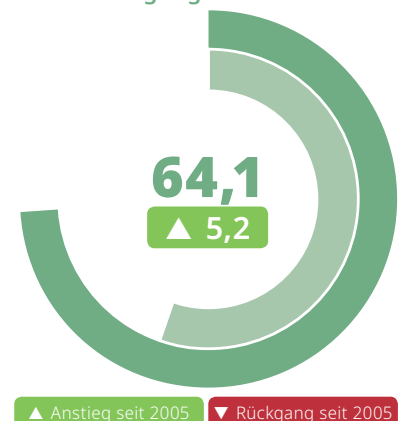


Wissen

Der Ergebniswert Österreichs im Bereich Wissen beträgt 64,1; dies entspricht einem Fortschritt von 5,2 Prozentpunkten seit 2005 (+ 0,9 Prozentpunkte seit 2015). Österreich hat seine Position auf Platz 11 in der EU im Bereich Wissen, den es 2005 erreicht hat, beibehalten. Im Teilbereich Bildungsgrad und Beteiligung sind Verbesserungen zu verzeichnen, im Teilbereich Segregation hingegen Rückschritte.

Die Zahl der Hochschulabschlüsse ist für Frauen ebenso wie für Männer zwischen 2005 und 2017 erheblich gestiegen, und die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen haben sich (um 2 Prozentpunkte) verringert. Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedstaaten ist in Österreich der Anteil der Hochschulabsolventinnen geringer als derjenige der männlichen Absolventen (25 % im Vergleich zu 29 %). Das Geschlechtergefälle beim Bildungsgrad ist zwischen Frauen und Männern im Alter von 65 Jahren oder älter (16 Prozentpunkte) und zwischen Frauen und Männern bei kinderlosen Paaren (9 Prozentpunkte) am höchsten. Österreich hat sein nationales Ziel im Rahmen der Strategie EU 2020 mit 38 % der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren mit einem Hochschulabschluss erreicht. Die derzeitige Quote beträgt 41 % (bei Frauen 44 %, bei Männern 37 %). Die Teilnahme am lebenslangen Lernen ist sowohl für Frauen (von 18 % auf 21 %) als auch für Männer (von 18 % auf 19 %) zwischen 2005 und 2017 geringfügig gestiegen. Österreich ist das Land mit der siebthöchsten Beteiligungsquote in der EU.

Die ungleichmäßige Konzentration von Frauen und Männern in unterschiedlichen Studienfächern an den Hochschulen ist für Österreich nach wie vor eine Herausforderung. Etwa 41 % der weiblichen Studierenden gegenüber 21 % der männlichen Studierenden belegen die Studienfächer Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen oder Geisteswissenschaften und Kunst.





Zeit

Im Bereich Zeit hat sich der Ergebniswert Österreichs seit der letzten Ausgabe des Index nicht verändert, da keine neuen Daten vorliegen. Die nächste Aktualisierung der Daten für diesen Bereich wird für 2021 erwartet. Häufigere Erhebungen von Daten über die Zeitverwendung wären für eine Beobachtung der Fortschritte in diesem Bereich hilfreich.

Österreich weist im Bereich Zeit einen Ergebniswert von 61,2 auf und liegt damit unter dem Wert der EU von 65,7. Seit 2005 haben sich die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bei der Aufteilung von Betreuungsaufgaben verringert, und die Beteiligung von Frauen und Männern an sozialen Tätigkeiten ist geringer.

Frauen wenden eher Zeit für die Familie auf: 36 % der Frauen gegenüber 21 % der Männer betreuen Familienmitglieder mindestens eine Stunde pro Tag. Das Gefälle zwischen den Geschlechtern hat sich zwischen 2005 und 2016 von 23 auf 15 Prozentpunkte verringert. Zwischen Frauen und Männern bei Paaren mit Kindern ist dieses Gefälle stärker ausgeprägt (88 % und 63 %). Bei Frauen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie jeden Tag mindestens eine Stunde für Kochen und Hausarbeit aufbringen, dreimal so hoch (83 %) wie bei Männern (28 %).

Rund 25 % sowohl der Frauen als auch der Männer gehen Sport-, Kultur- oder Freizeitaktivitäten außerhalb ihrer Wohnung nach. Frauen beteiligen sich weniger (12 %) als Männer (15 %) an ehrenamtlichen oder karitativen Tätigkeiten.



▲ Anstieg seit 2005 ▼ Rückgang seit 2005

*Die Ergebnisse wurden seit der Ausgabe 2017 nicht aktualisiert.



Macht

Der Ergebniswert Österreichs im Bereich Macht beträgt 39,9; dies ist der geringste Wert über alle Bereiche hinweg, doch hat sich der Bereich Macht im Zeitverlauf am stärksten verbessert (+ 10,4 Prozentpunkte seit 2005 und + 5 Prozentpunkte seit 2015). Die Fortschritte sind weitgehend auf Verbesserungen in den Teilbereichen wirtschaftliche und soziale Macht zurückzuführen. Das Ergebnis Österreichs für den Bereich Macht bleibt hinter dem Ergebniswert für die EU zurück.

Im Teilbereich wirtschaftliche Macht zeigt sich bei der Entwicklung ein uneinheitliches Bild. Zwar hat sich der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten der größten börsennotierten Unternehmen zwischen 2005 und 2018 um 18 Prozentpunkte (von 7 % auf 25 %) erhöht, doch ist ihr Anteil an den Aufsichtsratsmitgliedern der Zentralbank von 6 % auf 0 % zurückgegangen. Österreich hat 2017 eine gesetzliche Quote von 30 % Frauen in Aufsichtsräten eingeführt.

Der Anteil der von Frauen besetzten Ministerposten ist seit 2005 leicht (von 36 % auf 38 %) gestiegen, ebenso der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Parlament (von 32 % auf 36 %). Der Anteil von Frauen in Landtagen ist zwischen 2010 und 2018 (von 30 % auf 31 %) leicht angestiegen. Frauen stellen 28 % der Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte in Forschungsförderungseinrichtungen, 40 % der Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und lediglich 14 % der Mitglieder in den höchsten Entscheidungsgremien nationaler olympischer Sportorganisationen.



▲ Anstieg seit 2005

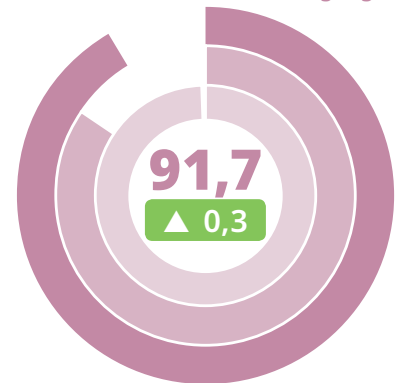


Gesundheitswesen

Der Ergebniswert Österreichs im Bereich Gesundheit beträgt 91,7; dies ist keine nennenswerte Veränderung seit 2005 (und auch nicht seit 2015). Österreich belegt in der EU Platz 4 im Bereich Gesundheit, jedoch nur den 15. Platz im Teilbereich Gesundheitszustand. Für den Teilbereich gesundheitliches Verhalten liegen keine neuen Daten vor.

Der subjektiv wahrgenommene Gesundheitszustand hat sich zwischen 2005 und 2017 bei den Frauen von 70 % auf 69 % und bei den Männern von 74 % auf 72 % geringfügig verschlechtert. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit nimmt mit steigendem Bildungsgrad zu, nimmt aber mit dem Alter ab. Das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist zwischen Personen mit geringem Bildungsgrad sowie alleinstehenden Frauen und Männern am größten (beide 12 Prozentpunkte), und zwar zum Nachteil der Frauen. Die Lebenserwartung ist sowohl für Frauen als auch für Männer zwischen 2005 und 2016 gestiegen. Im Durchschnitt leben Frauen fünf Jahre länger als Männer (84 Jahre gegenüber 79 Jahren).

Österreich erreicht beim Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung beinahe die vollständige Gleichstellung der Geschlechter. Nur 1 % der Frauen und weniger als 1 % der Männer berichten von einem nicht erfüllten Bedarf an medizinischer Behandlung (während dies 2005 auf 2 % sowohl der Frauen als auch der Männer zutraf). Ebenso gibt nur 1 % sowohl der Frauen als auch der Männer einen nicht erfüllten Bedarf an zahnmedizinischer Behandlung an (gegenüber 3 % für beide Geschlechter im Jahr 2005). Frauen und Männer mit Behinderungen melden nur einen geringfügig höheren, nicht erfüllten Bedarf an zahnmedizinischer Behandlung an als Frauen und Männer ohne Behinderungen (2 % im Vergleich zu 1 % sowohl für Frauen als auch für Männer).



▲ Anstieg seit 2005

*Die Ergebnisse wurden seit der Ausgabe 2017 nicht aktualisiert.



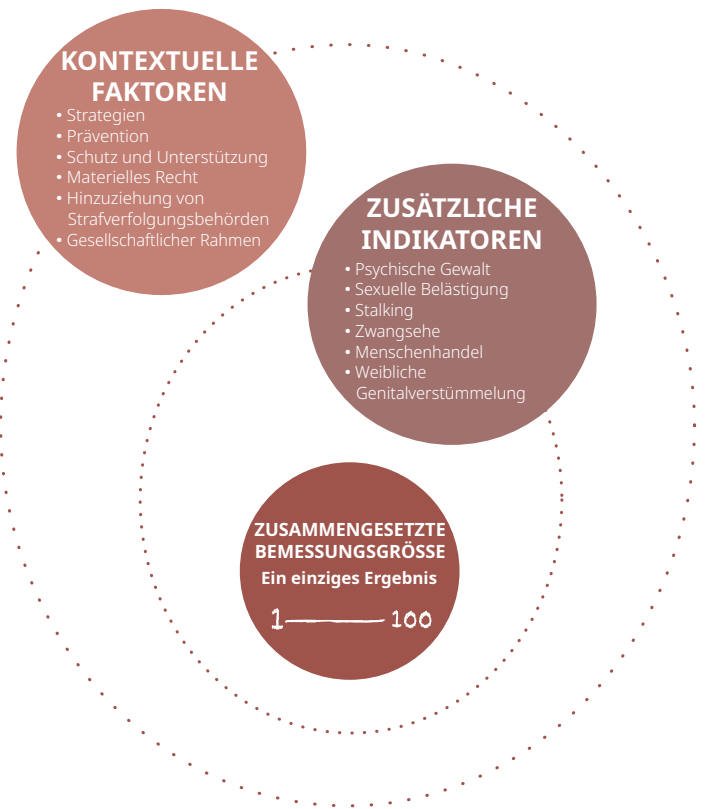
Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist sowohl eine Folge als auch eine Ursache der anhaltenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Geld, Macht, Wissen und Zeit. Im Gegensatz zu anderen Bereichen misst der Bereich Gewalt nicht die Unterschiede zwischen der Situation von Frauen und Männern, sondern untersucht die Gewalterfahrungen von Frauen. Aus diesem Grund wird der Bereich Gewalt bei den Berechnungen des Geschlechtergleichstellungsindex nicht erfasst. Stattdessen wird er als separate zusammengesetzte Bemessungsgröße von drei Aspekten ermittelt: Häufigkeit, Schwere und Offenlegung von Gewalt gegen Frauen. Die Berechnung der Ergebniswerte beruhte auf den Datenergebnissen der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte des Jahres 2014. Seitdem wurde keine EU-weite Erhebung über geschlechtsbezogene Gewalt mehr durchgeführt. Die Werte können erst nach Abschluss der nächsten Erhebung aktualisiert werden.

Österreich hat das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen von Istanbul) im November 2013 unterzeichnet und ratifiziert.

Für den Bereich Gewalt werden aktualisierte Daten zu drei zusätzlichen Indikatoren vorgestellt, um Femizid, weibliche Genitalverstümmelung und Menschenhandel zu beobachten. Jedoch nicht alle Mitgliedstaaten erheben diese Daten, und die Datenerhebung muss dringend verbessert werden.

Österreich übermittelt keine gesonderten Daten über weibliche Opfer vorsätzlicher Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Lebenspartnern und über weibliche Opfer vorsätzlicher Tötungsdelikte, die von einem Familienmitglied begangen wurden. Das Land hat 2016 kumuliert die Zahl von fünf weiblichen Opfern vorsätzlicher Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Lebenspartnern oder Familienmitgliedern und Verwandten je 1 000 000 Einwohnerinnen verzeichnet. Österreich übermittelt auch keine Daten zur Schätzung des Anteils von Mädchen (unter den dort ansässigen Migrantinnen und Migranten), die von weiblicher Genitalverstümmelung bedroht sind. Statistische Daten über Menschenhandel werden erhoben und gemeldet. 2016 wurden 242 Frauen registriert, die



Opfer von Menschenhandel geworden sind. Vergleichbare Daten, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, sind für die Erarbeitung EU-weiter Strategien zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen über alle Mitgliedstaaten hinweg von entscheidender Bedeutung.



Themenschwerpunkt: Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Schwerpunkt des Gleichstellungsindex 2019 ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – eine Thematik von großer politischer Bedeutung in der EU. Neben den im Index erfassten Indikatoren zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (z. B. in den Bereichen Arbeit, Zeit und Wissen) werden im Rahmen dieses Themenschwerpunkts zusätzliche Indikatoren vorgestellt – der Anzeiger der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (work-life-balance scoreboard, WLB Scoreboard). Das WLB Scoreboard ist übergreifender Natur und erstreckt sich quer durch drei breit gefasste Bereiche: bezahlte Arbeit, unbezahlte Arbeit (Betreuung) und allgemeine und berufliche Bildung. Es umfasst 15 Indikatoren in sechs konkreten Problemfeldern: Elternzeitregelungen; Betreuung von Kindern und Kinderbetreuungseinrichtungen; informelle Pflege älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen und Langzeitpflegeleistungen; Verkehr und Infrastruktur; flexible Arbeitsmodelle; lebenslanges Lernen.

Elternzeitregelungen

Mithilfe der Elternzeit können Eltern ihre Betreuungspflichten und ihr Berufsleben vereinbaren. Allerdings steht Elternzeit häufig für potenzielle Eltern nicht zur Verfügung, da deren Anspruchsberechtigung möglicherweise von Kriterien abhängt wie etwa der Frage, ob die Eltern einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, ob sie abhängig oder selbstständig beschäftigt sind, ferner vom Wirtschaftszweig, in dem sie tätig sind, von der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit; auch gleichgeschlechtliche Paare oder Migrantinnen und Migranten haben möglicherweise keinen Anspruch auf Elternzeit. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa die Ausbreitung atypischer Beschäftigungsformen (z. B. befristete Verträge und Arbeit auf Abruf, Scheinselbständigkeit, Arbeit auf der Grundlage von Gutscheinen), geben Anlass zu wachsender

Besorgnis in Bezug auf den Zugang von Eltern zu Elternzeit, insbesondere in Fällen, in denen diese auf den Definitionen eines traditionellen normalen Arbeitsverhältnisses beruht.

2016 hatten 26 % der Frauen und 23 % der Männer im Alter von 20 bis 49 Jahren (potenzielle Eltern) in Österreich keinen Anspruch auf Elternurlaub. Der Hauptgrund für diesen nicht bestehenden Anspruch waren für 75 % der Frauen und 51 % der Männer Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit. Aufgrund ihrer Selbständigkeit hatten 25 % der Frauen und 48 % der Männer keinen Anspruch. Gleichgeschlechtliche Eltern haben in Österreich Anspruch auf Elternurlaub. Unter der Erwerbsbevölkerung hatten 8 % der Frauen und 13 % der Männer keinen Anspruch auf Elternurlaub.

Informelle Kinderbetreuung und Kinderbetreuungseinrichtungen

Da die Zahl der Doppelverdiener- und alleinerziehenden Familien steigt, ergibt sich auch ein neuer Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen. Hochwertige, verfügbare, zugängliche und erschwingliche Kinderbetreuungseinrichtungen sind entscheidend, um Eltern den Zugang zum bzw. den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bei der Beschäftigung abzubauen.

In Österreich sind 58 % aller Personen, die Kinder informell betreuen, Frauen. Insgesamt sind 56 % der Frauen und 49 % der Männer in die Betreuung bzw. Erziehung ihrer Kinder oder Enkel mindestens mehrmals pro Woche eingebunden. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt (56 % der Frauen und 50 % der Männer) nehmen in Österreich derselbe Anteil von Frauen und etwas weniger Männer Betreuungs- und Erziehungsaufgaben für ihre Kinder oder Enkel wahr. Die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen sind zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern (76 % und 59 %) und zwischen Frauen und Männern, die im öffentlichen Sektor tätig sind (79 % und 49 %), größer.

Österreich hat noch keines der beiden „Barcelona-Ziele“ erreicht, denen zufolge mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren und 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigen Alter in einer Kinderbetreuungseinrichtung betreut werden sollen. Rund 18 % der Kinder unter drei Jahren befinden sich in der einen oder anderen Form einer formalen Betreuung, und nur 4 % der Kinder in diesem Alter werden mindestens 30 Stunden pro Woche in formalen Kinderbetreuungseinrichtungen betreut. Formale Kinderbetreuung wird von 88 % der Kinder ab dem Alter von drei Jahren bis zum schulpflichtigen Alter in Anspruch genommen (24 % besuchen mindestens 30 Stunden pro Woche formale Kinderbetreuungseinrichtungen). Rund 11 % der Haushalte in Österreich melden einen unerfüllten Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen an. Alleinerziehende Mütter berichten eher von einem unerfüllten Bedarf an formalen Kinderbetreuungseinrichtungen (17 %) als Paare mit Kindern (11 %).

Informelle Pflege älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen und Langzeitpflegeleistungen

Verfügbare, zugängliche und erschwingliche Pflegeleistungen und Infrastruktur sind entscheidend, damit Menschen mit Pflegeaufgaben ein gesundes Gleichgewicht zwischen ihren Pflegeaufgaben und ihrem Beruf wahren können. Dies gilt insbesondere für Frauen, die häufiger als Männer ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen sowohl formell als auch informell pflegen. Angesichts der sich abzeichnenden demografischen Entwicklungen wie z. B. alternde Gesellschaften, niedrigere Geburtenraten und damit auch eine Abnahme der Erwerbsbevölkerung wird der Bedarf an institutionalisierter ebenso wie informeller Langzeitpflege so groß wie nie zuvor.

Die meisten informell Pflegenden älterer Menschen und/oder von Menschen mit Behinderungen in Österreich sind Frauen (66 %). Der Anteil der Frauen und Männer, die mehrmals pro Woche oder täglich informelle Pflegeaufgaben für ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen übernehmen, beträgt 8 % und 5 %. Der Anteil der Frauen, die informelle Pflegeaufgaben wahrnehmen, liegt 7 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, während

der Anteil der Männer 5 Prozentpunkte darunter liegt. Etwa 11 % der Frauen und 4 % der Männer im Alter von 50-64 Jahren betreuen ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen im Vergleich zu 5 % der Frauen und 4 % der Männer in der Altersgruppe der 20- bis 49-Jährigen. Rund 20 % der Frauen, die ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen pflegen/betreuen, sind erwerbstätig, während bei den Männern 53 % Betreuungsaufgaben und berufliche Pflichten miteinander vereinbaren. Außerdem sind in der EU weniger Frauen als Männer, die informelle Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erwerbstätig. Allerdings ist das Geschlechtergefälle in Österreich stärker ausgeprägt als in der EU (33 Prozentpunkte gegenüber 14 Prozentpunkten für die EU). In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen sind 16 % der Frauen, die informelle Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erwerbstätig gegenüber 96 % der Männer. Rund 25 % der Frauen und Männer in Österreich berichten von einem nicht erfüllten Bedarf an professionellen häuslichen Pflegediensten.

Verkehr und Infrastruktur

Der Zugang zu einer erschwinglichen und hochwertigen öffentlichen Infrastruktur wie z. B. Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Verkehrsmitteln wirkt sich auf die Möglichkeiten von Frauen und Männern aus, eine bezahlte Arbeit mit anderen Aktivitäten zu vereinbaren. Die ungleiche Aufteilung von Pflege-/Betreuungsaufgaben und Arbeiten im Haushalt zwischen Frauen und Männern beeinflusst die Art und Weise, in der sie bestimmte Verkehrs- und Infrastrukturleistungen nutzen bzw. benötigen. Die Pendeldauer ist ein guter Indikator dafür, ob eine öffentliche Infrastruktur vorhanden ist, die Frauen und Männer dabei unterstützt oder daran hindert, ihre täglichen Aktivitäten zu vereinbaren.

In Österreich verbringen Männer mehr als 11 Minuten mehr für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Frauen (rund 45 Minuten täglich für Männer und 34 Minuten für Frauen). Al-

leinstehende sowie Frauen und Männer in Partnerschaften mit oder ohne Kinder verbringen ähnlich viel Zeit für das Pendeln zur Arbeit und zurück, wobei Männer etwa 10 Minuten länger unterwegs sind als Frauen in allen Familientypen. Bei Frauen ist die tägliche Pendeldauer kürzer als bei Männern, unabhängig davon, ob sie in Teilzeit oder in Vollzeit arbeiten. Teilzeitbeschäftigte Frauen verbringen täglich 32 Minuten auf dem Weg zur Arbeit und wieder nach Hause, während Männer dafür 43 Minuten aufbringen; demgegenüber betragen die Wegezeiten für Vollzeitbeschäftigte 36 Minuten für Frauen und 46 Minuten für Männer.

Allgemein gilt, dass bei Männern die Wahrscheinlichkeit, dass sie direkt zur Arbeit und wieder nach Hause fahren, höher ist als bei Frauen, die eher mehrere Dinge während dieser Wegezeiten erledigen; sie bringen beispielsweise die Kinder zur Schule oder kaufen Lebensmittel ein.

Flexible Arbeitsmodelle

Flexible Arbeitsmodelle, etwa Wechselmöglichkeiten zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten und Telearbeit, eröffnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern normalerweise bessere Möglichkeiten, selbst zu steuern, wie viel, wann und wo sie arbeiten können. Flexible Arbeitsmodelle, die sorgfältig geplant werden, können es einfacher machen, Beruf und Familie zu vereinbaren, sofern die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern dabei berücksichtigt werden. Sie können Menschen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen müssen, bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt als Vollzeitbeschäftigte unterstützen.

Mehr Frauen (50 %) als Männer (46 %) haben keinerlei Kontrolle über ihre Arbeitszeitregelungen. Der Zugang zu flexiblen Arbeitsmodellen ist in Österreich besser als in der EU, wo 57 % der Frau-

en und 54 % der Männer keine Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeitregelungen zu ändern. Dies gilt insbesondere für den privaten Sektor, wo weniger als die Hälfte der Frauen (47 %) und Männer (45 %) keinerlei Kontrolle über ihre Arbeitszeitregelungen haben. Der Zugang zu flexiblen Arbeitsmodellen ist für Frauen und Männer, die im öffentlichen Sektor tätig sind, schlechter, das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist größer (61 % der Frauen und 53 % der Männer sind hinsichtlich ihrer Arbeitszeit überhaupt nicht flexibel).

Zwar arbeiten in Österreich mehr Frauen als Männer in Teilzeit, doch wechselten 2017 weniger Frauen (11 %) als Männer (29 %) von Teilzeit in Vollzeit. Das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist hier größer als in der EU, wo 14 % der Frauen und 28 % der Männer von Teilzeit in Vollzeit wechselten.

Lebenslanges Lernen

Aufgrund der kontinuierlichen technischen Weiterentwicklung müssen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig weiterqualifizieren und in Bezug auf neue Entwicklungen und Technologien im Laufe ihres beruflichen Werdegangs stets auf dem neuesten Stand sein. Lebenslanges Lernen ist ein Katalysator für die Geschlechtergleichstellung, denn es bietet Frauen und Männern eine größere Auswahl an möglichen Arbeitsmodellen und mehr Chancen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Unzureichende finanzielle Mittel und zeitlich bedingte Hindernisse wie z. B. Konflikte mit dem Arbeitszeitplan und/oder familiäre Verpflichtungen können den Zugang von Frauen und Männern zum lebenslangen Lernen versperren. Lebenslanges Lernen kann Frauen nach einer Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit aufgrund von Pflege-/Betreuungsaufgaben beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt helfen.

In Österreich liegt die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen über dem EU-Durchschnitt (16 % im Vergleich zu 11 % in der EU), wobei die Unterschiede zwischen den Geschlechtern 3 Prozent-

punkte betragen. Unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus nehmen Frauen (im Alter von 25 bis 64 Jahren) eher an der allgemeinen und beruflichen Bildung teil als Männer, mit Ausnahme von nicht erwerbstätigen Männern, bei denen die Wahrscheinlichkeit, dass sie am lebenslangen Lernen teilnehmen, höher ist als bei nicht erwerbstätigen Frauen. Konflikte mit den Arbeitszeitplänen sind für Männer (52 %) ein größeres Hindernis für die Teilnahme am lebenslangen Lernen als für Frauen (43 %). Familiäre Verpflichtungen gehören den Aussagen zufolge für 51 % der Frauen gegenüber 32 % der Männer zu den Hinderungsgründen für die Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung. In Österreich gelten sowohl Arbeitszeitpläne als auch familiäre Verpflichtungen für die Teilnahme am lebenslangen Lernen eher als ein Hindernis als in der EU insgesamt. In der EU geben 38 % der Frauen und 43 % der Männer an, dass ihr Arbeitszeitplan ein Hindernis darstellt, und 40 % der Frauen und 24 % der Männer nennen familiäre Verpflichtungen als einen Hinderungsgrund für die Teilnahme am lebenslangen Lernen.

Mehr zum Gleichstellungsindex unter <http://eige.europa.eu/gender-equality-index>

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist das Wissenszentrum der EU für Gleichstellungsfragen. Das EIGE unterstützt politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und alle einschlägigen Organe bei ihren Bemühungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa zu verwirklichen, und stellt ihnen hierzu spezifische Fachkenntnisse sowie vergleichbare und zuverlässige Daten über die Geschlechtergleichstellung in Europa zur Verfügung.

© Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, 2019

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
Gedimino pr. 16
LT-01103 Vilnius
LITAUEN

Kontaktdaten

<http://eige.europa.eu/>
[facebook.com/eige.europa.eu](https://www.facebook.com/eige.europa.eu)
twitter.com/eurogender
[youtube.com/user/eurogender](https://www.youtube.com/user/eurogender)
eige.sec@eige.europa.eu
+370 52157444



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union